

# Politik *heute*

## Nachrichten aus Politik und Wirtschaft

### Zwei vom gleichen Schlag

Selbstverständlich gibt es zwischen Bundeskanzler Werner Fayman und Finanzminister Josef Pröll ideologische Gegensätze. Gegensätze, die sie teils ihrer Wähler, teils der Medienpräsenz wegen und vermutlich nur zum geringeren Teil aus eigener Überzeugung vertreten.

Schon bei den Koalitionsverhandlungen bewiesen sie ihre Übereinstimmung als Berufspolitiker, indem sie sich nicht etwa über Einsparungen und Schuldenabbau einigten, sondern über Mehrausgaben und Steigerung der Staatsschulden. So wie alle Regierungen zuvor. Jene zwei Finanzminister- Klaus und Grasser - die ein ausgeglichenes Budget durchsetzen wollten, scheiterten an der fehlenden Unterstützung der ÖVP. Für die Sozialisten war dieses Vorhaben ohnehin nur ein Mythos. Dazu SPÖ-Finanzminister Rudolf Edlinger: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als ein Finanzminister Geldreserven.

Deutschlands Finanzminister Schäfer unter Konrad Adenauer legte in der Zeit des Wiederaufbaues eine Reserve von - nach heutigem Wert - 30 Milliarden Euro an. Auch Kreisky punktete mit seiner Feststellung, daß ihm ein paar Millionen mehr Schulden lieber sind, als Tausende Arbeitslose mehr. Und weiter: „Ihr Hayek meinte ja, man soll ruhig Arbeitslose in Kauf nehmen.“ - Friedrich Hayeks Zitat im Original: „Man muß bereit sein, vorübergehend eine geringere Zahl von Arbeitslosen in Kauf zu nehmen, um später eine größere Anzahl zu vermeiden.“ Kreisky mißachtete Hayek und schuf Millionen neue Schulden und zugleich zigtausende Arbeitslose. Damit bewies Kreisky auch sein Bekenntnis: „Von der Wirtschaft verstehe ich nichts.“

Als sich das Ausmaß des Finanzkollaps abzeichnete, verkündete Pröll vollmundig, daß es keine Steuererhöhungen oder neue Steuern geben werde, man werde das Problem durch Einsparungen lösen. Jetzt heißt es, alle werden es spüren müssen. Genaues bitte erst nach den Herbstwahlen.

SPÖ-Faymann wiederum lehnt Massensteuern strikt ab und will die Reichen höher besteuern (70%?), ebenso die Stiftungen und außerdem die Gruppenbesteuerung für die Industrie wieder streichen. Das ist der besten Weg, Firmensitze ins Ausland zu vertreiben. Das Stiftungsgesetz wurde übrigens unter einem sozialistischen Finanzminister geschaffen, das auch die SPÖ steuerschonend nützte. Und so viel Reiche gibt es auch nicht. Die sozialistisch geführte BAWAG wollte mit 114 Stiftungen und Briefkastenfirmen reich werden - und ging pleite.

Es geht auch anders. Neuseeland hatte einst ebenso - wie Österreich heute noch - seine Wirtschaft durch eine hypertrophe Regulierungsflut zunehmend gelähmt. 1984 wurde alle Verwaltungsgesetze schlagartig durch einfache, schlanke Gesetze ersetzt. Das Budgetdefizit wurde von 9% des BIP auf Null reduziert und 1986 erzielte man einen Budgetüberschuß.

Mit einer radikalen Verwaltungs- und Steuerreform würden sich neue Belastungen erübrigen. Doch Faymann und Pröll fehlt der Wille dazu, sonst hätten sie längst erste Schritte mit festen Terminen gesetzt und wären auch nicht beim ersten Widerstand der Länder gegen ein Sparansinnen wieder verstummt. Sie sollten gehen und das Regieren Leuten überlassen, die in der Wirtschaft bewiesen haben, daß sie mit Geld umgehen können.

### Aus dem Inhalt

#### Wurde die finanzielle Talfahrt Griechenlands vorsätzlich toleriert?

Das jahrelange Schweigen zu Budgetfälschung, Korruption und Verschwendung spricht dafür. Doch welcher Plan steckt dahinter?

#### Österreichs Regierung plant vorsorglich Schließung der Banken

Dies jedoch nur für den Fall, daß sich die Krise zuspitzt, um Panik und die Erstürmung von Banken zu verhindern

#### Warum kein Konkurs für Griechenland?

Das wäre die beste und sparsamste Lösung gewesen. Dann hätten in erster Linie die Spekulanten als Verursacher des Kollaps für ihre jahrelangen hohen Spekulationsgewinne bezahlt und Europa hätte zig Milliarden gespart.

#### Die kommende Krise war schon 2003 bekannt

Bereits im Jahr 2003 informierte Deutschlands Bundeskanzler Schröder die Medien von der kommenden Bankenkrise und forderte sie auf, Stillschweigen zu bewahren.

2008 traf sich auch Bundeskanzlerin Merkel mit Journalisten und Verlagsleitern, gestand ebenfalls die fatale Lage und forderte ihre Gäste ebenfalls auf, die Wahrheit zu verschweigen.

**Zeithöhne und Politik heute können Sie ausschließlich als Abo per Post bzw. Internet beziehen**

Abo Zeithöhne Druckausgabe	18,-
Abo Ausland	26,-
Abo Internetausgabe	
identisch mit Druckausgabe	12,-
Politik heute nur über Internet	10,-
<a href="mailto:z.zeitbuehne@aon.at">z.zeitbuehne@aon.at</a>	

**Bestellen Sie je ein Probeexemplar der Zeithöhne und von Politik heute zum Kennenlernen. Versand erfolgt per Internet. Oder Sie bestellen ein Abonnement nach Ihrer Wahl.**  
[z.zeitbuehne@aon.at](mailto:z.zeitbuehne@aon.at) Tel. 07252- 500 65